

Waging will sich selbst um Lärmschutz kümmern

Waging am See (he). Die Marktgemeinde Waging sucht nach Wegen, die befürchtete Zunahme des Verkehrs im Gemeindegebiet abzuschwächen. So hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am Donnerstag vor fast 100 Besuchern in der Tourist-Info einstimmig beschlossen, erstens einen sogenannten "Lärmaktionsplan" ins Leben zu rufen und zweitens für die Ortsdurchfahrt von Tettenhausen beim Landratsamt einen Antrag auf Tonnagebeschränkung zu stellen.

Der Hintergrund der Debatte, zu der auch der Chef des Staatlichen Bauamts, Sebald König, Informationen beitrug, ist zweischichtig: Sowohl von der bei Fridolfing angedachten neuen Brücke wie auch von der Nordumgehung von Traunstein – insbesondere durch den Wegfall der höhenbeschränkten Bahnunterführung in Hufschlag – befürchten die Waginger zunehmenden Verkehr. Diese zu erwartende Konsequenz wird auch von niemandem in Frage gestellt, Unterschiede gibt es allenfalls in der prognostizierten Menge.

Deshalb hat es in Waging jetzt schon mehrfach gut besuchte Diskussionsabende gegeben und jetzt hat sich auch die Gemeinde eingeklinkt. Auslöser dafür war ein Antrag der Fraktion der Grünen. Zweiter Bürgermeister Hans Kern betonte die Tatsache, dass die Gemeinde vom Staatlichen Bauamt keine Lärmschutzmaßnahmen erwarten dürfe, da die Grenzwerte für die Lärmbelastung sehr hoch angesiedelt seien. Dabei habe die Staatsstraße 2105 "teilweise ein höheres Verkehrsaufkommen als benachbarte Bundesstraßen".

"Damit haben wir keinen Anspruch auf Lärmschutz", stellte Kern fest. "Wir wollen daher eine Lärmkarte mit einem Lärmaktionsplan." Das heiße, dass sich die Gemeinde mit den Behörden zusammensetzt und auch mit Beteiligung der Öffentlichkeit ein Konzept erstellt, wie man die Bevölkerung gegen den Lärm schützen kann.

"Unter Einbindung staatlicher Stellen und unter Mitwirkung der Öffentlichkeit sollen Maßnahmen zum Lärmschutz, entwickelt, festgeschrieben und umgesetzt werden – und das möglichst zeitnah", so beschrieb Bürgermeister Herbert Häusel das, was man unter diesem Lärmaktionsplan verstehen soll. Und legte noch nach: "Ich weiß nicht, ob wir damit was erreichen. Aber es ist realistischer, wenn man sich die Kosten teilt."

Neben diesem Lärmaktionsplan hat man sich in der Gemeinde Waging noch eine konkrete Maßnahme überlegt – gerade auch in Hinblick auf die mögliche neue Brücke bei Fridolfing. Im Zusammenhang damit befürchtet man vor allem für Tettenhausen eine Zunahme des Verkehrs in der eh schon sehr engen Ortsdurchfahrt. In einer Tonnage-Beschränkung sieht die Gemeinde Waging das Heil.

Dies hat der Gemeinderat in einem zweiten Beschluss, ebenfalls einstimmig, festgehalten, ohne aber eine konkrete Beschränkung zu formulieren. In der Diskussion war aber immer wieder von 24 Tonnen die Rede gewesen.

Kein Brücken-Beschluss

In der sehr lebendigen Diskussion im Gemeinderat – und auch mit den Zuhörern, die ausnahmsweise auch mitreden durften – gab es noch einen weiteren "Kriegsschauplatz": Einige Gemeinderäte wollten einen Beschluss erwirken, in dem sich die Gemeinde Waging gegen die neue Brücke bei Fridolfing ausspricht. Hannes Obermayer hatte dies zunächst vorgeschlagen, wurde dann intensiv unterstützt von Georg Huber. Damit konnten sie sich aber weder beim Bürgermeister noch bei der Gemeinderatsmehrheit durchsetzen. Nach außen hin sollte an diesem Abend ein einheitliches Signal ausgesandt werden, war Anliegen und Appell vor allem des Bürgermeisters. Dagegen hätte es zu einem Brücken-Beschluss mit Sicherheit eine Kampfabstimmung gegeben, meinte er.

Der Chef des Staatlichen Bauamtes, Sebald König, sah es bei seinen Ausführungen als Hauptaufgabe an, "manche Emotionen zu versachlichen und sich mit Fakten auseinanderzusetzen". Er betonte, dass wenigstens zwei Drittel des Verkehrs auf der Staatsstraße 2105 von den Bewohnern der Region selber stamme.

Er würde – das war Königs Hauptbotschaft – "jedem den bestmöglichen Lärmschutz vergönnen. Aber wir können nicht nach Gutsherrenart verteilen. Es gibt klare Spielregeln, die vom Parlament aufgestellt werden. Und die Messlatte ist aus finanziellen Gründen sehr hoch gehängt." Bei all den schlechten beziehungsweise "Realo-Botschaften", die König zu überbringen hatte, gab es wenigstens Klare Spielregeln

zum Lärmschutz

einen, wenn auch sehr vagen Lichtblick: Von Seiten des Bundes gebe es gewisse Signale, sagte der Chef des Staatlichen Bauamtes, dass die Grenzwerte für Lärmsanierung eventuell abgesenkt würden. Allerdings sei dazu erst eine Änderung des Immissionsschutzgesetzes und ein entsprechendes Haushaltsgesetz notwendig. Dieses aber bleibe dem kommenden Bundestag überlassen, dessen Zusammensetzung man ja noch nicht kenne.

Die Tonnagebeschränkung in Tettenhausen, sollte sie überhaupt genehmigt werden, sieht König mit Skepsis. Eine solche Sperrung sei nichts weiter als ein Verdrängungsproblem nach dem Florians-Prinzip. Dann habe halt eventuell Taching die Folgen zu tragen oder aber Palling, wie Bürgermeister Häusl angedeutet hatte: "Aber Palling wird auf Dauer sowieso nicht ohne Umgehung auskommen", meinte Häusl.

Ärgerlich äußerte sich Gemeinderat Hannes Obermayer über die Tatsache, dass die Gemeinde sich selbst um den Lärmschutz kümmern müsse: "Für den Schutz der Bürger scheint kein Geld da zu sein." Und Willi Reiter ergänzte: "Sind wir denn Leute zweiter Klasse, dass bei den Kosten von 53 Millionen Euro für die Traunsteiner Nordumgehung samt Tunnel nicht auch noch Lärmschutz möglich ist?"